

Hessisches Pfarrblatt

**Zweimonatsschrift für Pfarrerinnen und Pfarrer
aus Hessen-Nassau,
Kurhessen-Waldeck und Thüringen**

Der Konflikt um das „Heilige Land“
Grenzenlose Solidarität mit Israel? **87**

Land – Volk – Staat. Israel und die Völker
93

Das war's – Die Themen der 10. Kirchensynode der EKHN
96

Thüringer Pfarrverein e.V. – Einladung zur
Mitgliederversammlung in Neudietendorf **99**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer in den vergangenen Monaten Zeitung gelesen hat, ist im Zusammenhang des Nahost-Konfliktes immer wieder auf Schlagzeilen wie diese gestoßen: „Raketenangriff auf Israel“ (Frankfurter Rundschau, 18.3.2010) – „Israel kündigt eine ‚harte‘ Reaktion an“ (faz-net, 18.3.2010) – „Netanjahu verteidigt Siedlungsbau“ (Frankfurter Rundschau, 23.3.2010) – „Israel schockt den Nahen Osten“ (Süddeutsche Zeitung, 31.5.2010) – „Blockierter Frieden“ (Süddeutsche Zeitung, 1.6.2010) – „Israel in der Falle“ (Frankfurter Rundschau, 2.6.2010). Die Resonanz in den Medien spiegelt die traurige Tatsache, dass das Heilige Land nicht zur Ruhe kommt. Dabei ist Deutschland einerseits und sind die christlichen Kirchen andererseits in einer besonderen Stellung Israel gegenüber. Theologisch wie historisch ist eine tiefe Solidarität angezeigt, die aber nicht losgelöst sein kann vom kritischen Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit. In der EKD-Studie „Christen und Juden III“ aus dem Jahr 2000 wird zu Recht gemahnt: „Christen in Deutschland sollen sich um eine differenzierte Wahrnehmung der Situation bemühen und den Betroffenen auf beiden Seiten mit gleicher Aufmerksamkeit zuhören. Sie sollen zum Frieden ermutigen, die Begegnung und Zusammenarbeit von Israelis und Palästinensern und den interreligiösen Dialog nach Kräften unterstützen und nicht aufhören für Jerusalem zu beten“ (S. 88). Die grundsätzlichen Fragen, die sich im Zu-

sammenhang der aktuellen Ereignisse erneut stellen, sind im vorliegenden Heft Gegenstand des Beitrages von Dr. Hansjürgen Günther, der sich mit der Solidarität mit Israel und ihren Grenzen beschäftigt. Die Thesen von Professor Martin Stöhr ergänzen und erweitern diesen Ansatz. Beide Beiträge zeigen, dass eine differenzierte und verantwortliche Wahrnehmung der Situation klare Positionen nicht ausschließen muss. Klare Positionen fordern aber auch zum Dialog heraus – wir sind gespannt, ob sich in der Folge zu dieser Veröffentlichung eine neuerliche Debatte über ein schwieriges Thema entwickelt.

Mit dem Thema „Israel“ beschäftigte sich die Zehnte Kirchensynode der EKHN zwar nicht, dafür standen andere Fragen von Gewicht auf der Tagesordnung der vergangenen sechs Jahre. Auch sie finden Raum in dieser Ausgabe des Hessischen Pfarrblattes in Form eines komprimierten Rückblicks aus der Feder von Pfr. Dr. Lothar Triebel, dem Theologischen Referenten der Kirchensynode in Darmstadt. Und natürlich sind auch die übrigen Beiträge wieder Ihrer geflissentlichen Lektüre empfohlen: Die Einladung zur Mitgliederversammlung des Thüringer Pfarrvereins und nicht zuletzt der Aufruf der Evangelischen Partnerhilfe, der den Blick auf die schwierige Situation der Kollegen und Mitarbeiter in den evangelischen Partnerkirchen in Mittel- und Osteuropa lenkt. Viel Anregendes und Nachdenkenswertes zu lesen also in diesen beiden Monaten!

Wir wünschen gewinnbringende Erkenntnisse und bleiben mit sommerlichen Grüßen,

Maik Dietrich-Gibhardt und Susanna Petig

Einladung

zum 9. Emeritenkolleg vom 18. bis 21. Oktober 2010 im Martin-Niemöller-Haus der Evangelischen Akademie Arnoldshain unter dem Thema:

Prophetisches Reden der Kirche in Ost- und Westdeutschland nach 1945

Das diesjährige Kolleg knüpft thematisch am Kolleg des vergangenen Jahres an, in dem es um den Reformprozess in unserer Kirche ging, und legt den Schwerpunkt in der Bibelarbeit mit Frau Dr. Leonor Ossa auf die **Prophetische Kirche nach 1. Kor. 14**. Ferner werden Prof. Dr. Peter Maser in Anmerkungen eines Zeitzeugen und Kirchenhistorikers über das **Prophetische Amt der Kirche im geteilten Deutschland** referieren und Altbischof Axel Noack über die **Prophetische Dimension kirchenleitenden Handelns im Sozialismus**. Pfarrerin Renate Ellmenreich wird ebenfalls als Zeitzeugin über ihre Erfahrungen und Eindrücke in der DDR und bei der Gauck-Behörde berichten. Zum Schluss gibt Pfarrer Wolfram Blödorn einen **Rückblick auf den Prozess zur Änderung der KO und der KGO der EKHN**. Zeit zur Entspannung durch Gymnastik und Spaziergänge sowie zur Begegnung und zu Gesprächen wird es auch wieder geben und nicht zuletzt auch Zeit für die Kunst. Diesmal mit der Vernissage und Ausstellung **„Bilder aus der schwarzen Stadt“** von George Msimango aus der Sammlung Hans Blum, der auch die Einführung hält. Eingeladen sind die Ruheständler/Innen der EKHN mit ihren Partnern/Innen sowie die Pfarrwitwen und Pfarrwitwer.

Anmeldung und Auskünfte: Initiativkreis Ruhestand für Pfarrerinnen und Pfarrer der EKHN
zu Hd. Christian Wahner, Röderbergweg 110, 60385 Frankfurt am Main, Telefon/Fax: 069-424608

DER KONFLIKT UM DAS „HEILIGE LAND“

Grenzenlose Solidarität mit Israel?

Hansjürgen Günther, Lobbach

I. Einleitung

Während der Nazidiktatur ist den Juden in Europa unsägliches Leid widerfahren. Sechs Millionen Menschen sind in den Vernichtungslagern umgekommen. Die Nachkriegsgeneration kann dafür nicht angeklagt werden. Wohl aber übernimmt sie eine große Verantwortung: Antisemitismus und Fremdenhass gilt es zu bekämpfen, Minderheiten zu schützen. Die BRD steht aufgrund dieser historischen Verantwortung in einer besonderen Solidarität zum Staat Israel. Ist sie aber eine grenzenlose, blinde Solidarität? Ist diese Solidarität auch dann noch durchzuhalten, wenn israelische Politik UN-Resolutionen ignoriert und Menschenrechte mit Füßen tritt? –

Unsere Landeskirche hat sich jahrzehntelang mit der Aufarbeitung eines latenten Antijudaismus auch in christlichen Kreisen auseinandergesetzt. In ihre Präambel hat sie nach entsprechendem Synodalbeschluss folgende Sätze eingefügt: „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie (die EKHN) neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen. Das Bekenntnis zu Jesus Christus schließt dieses Zeugnis ein.“ – Über die Landverheißung an das alte Volk Israel wird hier nichts gesagt. Können Christen denn, wie manche orthodoxe Rabbiner heute, überhaupt noch die Landverheißung an Abraham auf dem Rücken der Palästinenser einfordern? – Wem also soll das Land gehören? Ist nicht zwischen einem Staat Israel und der jüdischen Religion sauber zu unterscheiden? – Ist ein Kritiker gegenwärtiger israelischer Politik automatisch ein Antisemit? Oder gebietet eine echte Solidarität mit dem Judentum heute geradezu eben diese Kritik? – Um solche Fragen umfassend zu beantworten, müssen wir Hintergrund und Verlauf der zionistischen Bewegung näher beleuchten.

II. Die zionistische Bewegung

1866 gab es in Mittel- und Osteuropa sechs Staaten. 1890 waren es zehn; 1918 sechzehn. In dieser Atmosphäre neu gegründeter Nationalstaaten war es nur natürlich, dass auch unter den Juden Osteuropas der Wunsch nach ei-

nem eigenen Staat Anhänger fand. Für diesen Wunsch sprach, dass sie sich durch eine Reihe wesentlicher Merkmale von den Volksgruppen ihrer Umgebung unterschieden:

- durch ihre Sprache (Jiddisch)
- durch ihre Schrift (hebräische Buchstaben)
- durch ihre Religion
- durch ihre soziale Diskriminierung (Pogrome)

Der bekannteste Ausdruck dieses Wunsches war das Buch des Odessaer Arztes Leon Pinsker „Auto-Emanzipation“: Es liege an den Juden selbst, ihr Schicksal der Diskriminierung zu beenden, indem sie einen eigenen Staat gründen! – Aber **wo** sollte dieser Staat entstehen? –

Einige wenige Juden wanderten damals bereits in den Norden Israels aus. Der französische Baron de Rothschild finanzierte damals landwirtschaftliche Projekte in den Provinzen Jerusalem und Beirut.

1894 wurde der französische Oberst Alfred Dreyfus des Geheimnisverrats angezeigt. Er wurde aus der Armee ausgeschlossen und zur Zwangsarbeit verurteilt. Zum Dreyfus-Prozess wurde der Wiener Journalist Theodor Herzl geschickt, der über das Schandverfahren empört war. Aufgrund bestimmter Erfahrungen während dieses Prozesses entschloss er sich, für einen jüdischen Staat einzutreten. Er verfasste das Manifest „Der Judenstaat“ 1896. – Herzls Grundannahme war, dass der Juden Hass Europas in der Tatsache begründet war, dass Juden keinen eigenen Staat haben. So waren sie als „vaterlandslose Subjekte“ verschrien.

Es galt also ein Land zu finden, in dem genügend Platz war. Es sollte außerdem ein unterentwickeltes Land sein, in das die Juden als europäisches Volk das Licht des technischen Fortschritts und der Aufklärung bringen könnten. Der von Herzl gegründete „Zionistische Kongress“ diskutierte über Uganda, Zypern und Madagaskar als mögliche Länder für die Gründung eines jüdischen Staates. Die Mehrheit der zionistischen Juden entschied sich jedoch für das Land, in dem einmal der jüdische Tempel gestanden hatte: **Israel!** Das gesamte Projekt stieß allerdings zunächst auf Ableh-

nung der meisten traditionell denkenden Juden.

Der Zionist Mandelstam erklärte in einem Offenen Brief, Jude sei nicht jemand, der die Gebote der Tora befolge, sondern die nationale Idee verfolge. Früher sei die jüdische Religion für den sozialen Zusammenhalt des jüdischen Volkes vonnöten gewesen. In der heutigen Zeit gehe die Bedeutung der Religion zurück. Daher benötige das jüdische Volk etwas anderes, um weiter als Volk zu existieren: **die Idee der Nation!**

Theodor Herzl (†1904) selbst propagierte nicht die Verdrängung der arabischen Bewohner Palästinas, sondern forderte ihre Gleichberechtigung in einem multikulturellen Staat: „Mein Testament für das jüdische Volk: Euren Staat so zu erbauen, dass ein Fremder zufrieden bei Euch lebt“.

Auf dem von Herzl vorgezeichneten Weg gelang es dem nach England berufenen jüdischen Chemieprofessor Chaim Weizmann, die britische Regierung zu überzeugen, die „Einrichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina mit Wohlwollen zu betrachten“. Dies erklärte der britische Außenminister Lord Balfour 1917 in einer offiziellen Note.

Damals war Großbritannien führende Weltmacht. Der Zerfall des Osmanischen Reiches stand kurz bevor. So ließ sich Großbritannien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ein offizielles Mandat des Völkerbunds für die Verwaltung des Landstrichs geben, den die Engländer „Palästina“ nannten. So kam das jüdische Volk zu seiner Heimstätte als Vorposten des Britischen Reiches im Nahen Osten.

Der erste britische Hohe Kommissar für das Mandatsgebiet, Sir Herbert Samuel, formulierte damals: „Ich höre, dass die arabische Bevölkerung Palästinas niemals zustimmen wird, dass ihr Land und ihre heiligen Stätten ihnen weggenommen und an Fremde gegeben wird... Aber die Balfour-Deklaration besagt nur, dass die Juden hier eine Heimat finden sollen **in dem Rahmen, der durch die jetzige Anzahl und Interessen der arabischen Bevölkerung gesetzt ist.**“ –

Palästina sollte allen anderen Staaten als Vorbild gelten, wie Menschen aller Herkunft und Religionen friedlich zusammenleben könnten.

Aber es kam anders: Die Juden, die vor Pogromen und Diskriminierungen geflohen waren, hatten die Mühen der Auswanderung

nicht deswegen auf sich genommen, um sich wieder herumkommandieren zu lassen. Sie wollten ihren eigenen Staat aufbauen. Sie wollten frei sein. Sie wollten ihre eigene Staatsform wählen.

Die arabische Welt war entsetzt über die Balfour-Deklaration. Araber hatten mit britischer Unterstützung gegen das Osmanische Reich revoltiert (Film „Lawrence of Arabia“!). Die Einrichtung eines britischen und französischen Mandatsgebiets machten die arabischen Hoffnungen auf eine staatliche Wiederauferstehung zunichte. – Der britische Oppositionsführer Mac Donald, Vorsitzender der Labour Party, schrieb 1922 nach einem Besuch in Palästina: „Wie wir hier die Moslems behandelt haben, ist Unrecht und Wahnsinn!“

Achad ha'Am besuchte 1891 als 35-Jähriger zum ersten Mal Palästina. In seinen Schriften betont er immer wieder, dass es ein bevölkerteres, kein leeres Land sei. „Aber was tun unsere Brüder in Palästina? Sie behandeln die arabische Bevölkerung respektlos. Knechte waren sie in den Ländern der Diaspora. Plötzlich finden sie sich in Freiheit wieder, und dieser Wechsel hat bei ihnen eine Neigung zum Despotismus ausgelöst. Sie behandeln die Araber mit Feindschaft und Grausamkeit, berauben sie ihrer Rechte, beleidigen sie grundlos und prahlen obendrein mit ihren Taten.“

Der jüdische Philosoph Martin Buber (Heppenheim!) schrieb 1919, dass die Zionisten sich darauf konzentrieren müssten, „eine dauerhafte und feste Übereinkunft mit den Arabern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu schaffen und aufrecht zu erhalten, eine umfassende, brüderliche Solidarität.“

Noch 1930 sagte Weizmann auf einem Treffen des Zionistischen Generalrats in Berlin, es sei nicht möglich, Palästina in einen jüdischen Staat zu verwandeln, denn „wir können nicht und wollen nicht die Araber vertreiben“. Auf dem Zionistischen Weltkongress 1931 in Basel rief Weizmann: „Die Araber müssen durch Tat und Wort überzeugt werden, ...dass wir für unseren Teil keine politische Beherrschung planen!“

Wen wundert es, dass es bereits in den zwanziger Jahren zu Gewaltausbrüchen der arabischen Bevölkerung kam?! 1929 wurden in Hebron 60 Juden getötet. Auch auf jüdischer Seite kam es zu gewaltsamen Übergriffen. 1938 gab der Vorsitzende der jüdischen Vertretungskörperschaft in Palästina, David

Ben Gurion, zu Protokoll: „Ich bin für Zwangsumsiedlung; daran sehe ich nichts Unmoralisches.“ – Damit waren moralische Skrupel der Vergangenheit beiseite gewischt: Der nationale Zweck heiligte von nun an oft die Mittel!

Das also war die Situation **vor** dem Holocaust. Der Massenmord der Nazis an den Juden bestärkte den zionistischen Flügel, der schon immer einen Judenstaat in Palästina schaffen wollte. – Wütend und bitter beklagt die vor den Nazis in die USA geflüchtete politische Denkerin Hannah Arendt im Herbst 1945, dass die Zionistische Organisation sich von der bisherigen politischen Linie abkehrt und das Programm Ben Gurions akzeptiert: das Ziel eines jüdischen Staates, der ganz Palästina umfassen sollte. „Das ist ein Todesstoß gegen diejenigen jüdischen Parteien, die unermüdlich die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen dem arabischen und jüdischen Volk predigten... Den Arabern bleibt nur die Wahl zwischen Auswanderung und Bürgerrechten zweiter Klasse.“

Wenn man die Geschichte des Zionismus verfolgt, ist es zumindest problematisch zu behaupten, die Naziverbrechen an den Juden seien allein verantwortlich für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Richtig ist wohl, dass der Konflikt dadurch verschärft wurde. Richtig ist aber auch, dass die explosive Gemengelage lange vor 1933 angerührt wurde durch das Zarenreich, das seiner jüdischen Bevölkerung das Leben zur Hölle machte und sie so auf die Suche nach einer neuen Heimat schickte. Auch die Weltmächte Großbritannien und Frankreich tragen eine Mitverantwortung: Sie hatten kein Interesse an einer arabischen Vereinigung, da diese den Europäern den Ölhahn hätten zudrehen können.

III. Israel und seine Nachbarstaaten

Unter dem Eindruck der Bilder von ausgehungerten Überlebenden, die auf dem Schiff „Exodus“ von der britischen Armee zurück ins Mörderland Deutschland eskortiert wurden, stimmte die UN-Vollversammlung 1947 für die Teilung des Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen Staat und einen palästinensischen Teil, der zum Königreich Jordanien hinzugefügt wurde.

Dass die palästinensischen Araber freiwillig ihre Heimat im Staat Israel verließen, ist zwar gelegentlich von israelischer Seite behauptet worden, aber es ist nachweislich eine Lüge.

Zionistische Truppen verübten in Deir Yassin (Stadttrand von Jerusalem) ein Massaker an den Dorfbewohnern. Verantwortlich dafür war Menachem Begin, später Ministerpräsident Israels! Unter diesem Eindruck flüchteten viele Araber in Todesangst. Die Nachbarstaaten brachen daraufhin einen Krieg vom Zaun. Er endete damit, dass das israelische Staatsgebiet deutlich größer geworden war als im ursprünglichen Beschluss der UN vorgesehen.

Im Verlauf des Krieges flüchtete die arabische Bevölkerung Palästinas zu Hunderttausenden oder wurde vertrieben. Das von ihnen verlassene Land wurde 1953 auf Beschluss des israelischen Parlaments enteignet. Rückkehr wurde mit Gewalt unterbunden. **Das war großes Unrecht! Bis heute ist dies eine offene Wunde und die Ursache für den bis heute bestehenden Konflikt: Wem gehört das Land?**

1956 verübte die israelische Regierung ohne äußere Not einen aggressiven Akt gegen den Nachbarstaat Ägypten. Dort hatte Präsident Nasser angekündigt, er werde den Suezkanal in ägyptische Verwaltung überführen (bisherige Kanaleigner Briten und Franzosen). Israel machte sich zum Komplizen der Kolonialmächte und eroberte den Sinai. Nassers Pläne zu einer arabischen Vereinigung sollten so unterbunden werden. Im Folgenden versuchte Nasser mit Syrien eine Vereinigung und strebte eine Landverbindung an. Israel betrachtete dies als Bedrohung seiner Existenz und führte 1967 einen Präventivkrieg, den sog. „6-Tage-Krieg“. Die im Aufbau befindlichen Luftwaffen Ägyptens, Syriens und Jordaniens wurden am Boden zerstört. Die israelische Armee besetzte die Golanhöhen, von wo die syrische Armee israelische Siedlungen am See Tiberias zu beschließen pflegte. Wie schon 1956 eroberte Israel die Sinai-Halbinsel inklusive den bis dahin zu Ägypten gehörenden Gaza-Streifen und besetzte den gesamten Teil des Königreichs Jordaniens diesseits des Jordans mitsamt der Altstadt Jerusalems (Felsendom!). Um die besetzte Sinai-Halbinsel zurückzubekommen, begann Ägypten zusammen mit Syrien 1973 einen überraschenden neuen Krieg am Jom-Kippur, einen Krieg, den Israel nicht eindeutig gewann. Der Konflikt führte zum Friedensschluss von Camp David 1979 (Sadat und Begin). Sadat wurde dafür (und für seinen Besuch der Knesset in Jerusalem) bei einem Attentat der „Muslim-Brüder“ getötet. – In Camp David galt das

Prinzip "Land gegen Frieden": Ägypten erhielt den Sinai und den Gaza-Streifen zurück (trat diesen aber an einen noch zu gründenden Palästinenserstaat ab) und vereinbarte mit Israel volle diplomatische Anerkennung.

Israels Premier Rabin wollte 1995 dasselbe mit Syrien erreichen: Rückgabe des Golan, dafür diplomatische Anerkennung durch Syrien. Damit löste er eine wütende Kampagne der israelischen Rechten aus, die den Golan zum Bestandteil Israels erklärte. Rabin wurde bekanntlich von einem nationalistischen Israeli erschossen. Der Golan blieb bis heute israelisch besetzt wie die gesamte „Westbank“. Syrien ist bis heute im Kriegszustand mit Israel.

Der seit 1967 besetzte arabische Teil des palästinensischen Mandatsgebiets ist der Kern des Palästina-Problems. Wenn Israel dieses Gebiet seinem Staatsgebiet einverleiben würde, müsste es den dort wohnenden Arabern die Staatsbürgerrechte zugestehen. Damit aber gäbe es keine jüdische Mehrheit mehr in Israel! Andererseits möchte Israel dieses Gebiet aber auch nicht wieder hergeben. Es bleibt für Israel deshalb nur die Lösung, diese Gebiete im Status eines besetzten Feindeslands zu halten.

Gegen das Völkerrecht und viele UN-Resolutionen, um die sich Israel nicht schert, werden Jahr für Jahr zahlreiche Siedlungen gegründet, um es immer mehr „jüdisch“ zu machen. – Es finden sich auch genügend orthodoxe Rabbiner, die für dieses völkerrechtswidrige Verhalten den ideologischen Überbau liefern: Sie erklären, die Besiedelung von „Jehuda we Shomron“ sei ein Auftrag Gottes! Für die Bevölkerung des besetzten Landes ist dies ein rechtloser, würdeloser und erniedrigender Zustand. Wen wundert es, dass verzweifelte Palästinenser die westliche Solidarität mit Israel nicht mehr begreifen! Der Boden für Flugzeugentführungen, Bombenleger und Selbstmordattentate – für uns freilich nicht akzeptabel! – wurde bereitet. Offensichtlich spielt Israel auf Zeit: Die arabische Bevölkerung soll so zermürbt werden, dass die Menschen ihr Land verlassen. Im Programm der gegenwärtigen Regierung Netanjahu war von einem Palästinenserstaat schon gar nicht mehr die Rede. Unter dem Druck der Obama-Administration hat sich das jetzt zum Glück geändert. Aber der Druck aus den USA wird schon wieder geringer. –

1964 wurde die PLO gegründet. Arafat versuchte vergeblich den Erfolg im militärischen

Kampf gegen Israel. Zunächst schlug Arafat sein Hauptquartier in Jordanien auf, wurde 1970 aber aus Amman vertrieben. Die PLO entführte in den Folgejahren Flugzeuge, ließ die israelische Mannschaft auf der Münchner Olympiade 1972 gefangen nehmen. Das Hauptquartier der PLO wurde in den Libanon verlegt, was zum libanesischen Bürgerkrieg führte. Das hatte zur Folge, dass nicht nur Syrien in den Libanon einmarschierte, sondern auch Israels Armee, die in den Palästinenser-Siedlungen Sabra und Schatila die Tötung von Hunderten Palästinensern durch libanesischen Milizen organisierte.

Das Osloer Abkommen mit Rabin brachte einen historischen Wendepunkt: Arafat konnte nach Palästina übersiedeln. Ziel des Osloer Abkommens war die Bildung eines souveränen Palästinenser-Staates. Dann wurde Rabin erschossen. Sein Nachfolger Peres vertat die historische Möglichkeit eines Friedens und griff aus nichtigen Gründen den Libanon an. Angeblich versehentlich ließ er ein Massaker unter der Zivilbevölkerung anrichten. Neue Bombenattentate in Israel waren die Folge. Daraufhin wurde die Mauer errichtet. Einerseits verständlich, andererseits wurde neues Unrecht durch Landnahme besiegelt.

IV. Der Krieg gegen Gaza

Er begann mit einer Lüge (wie der Irakkrieg 2003). Premierminister Olmert, Armeeminister Barak und Außenministerin Livni behaupteten, dass der Raketenbeschuss israelischer Städte aus dem Gazastreifen unerträglich geworden und nicht anders zu stoppen sei als mit massivem israelischen Eingreifen. (Man muss auch bedenken, dass Anfang 2009 Parlamentswahlen bevorstanden, und als Hardliner kann man in Israel allemal punkten!)

Die Website des israelischen Außenministeriums belegte, dass die Zahl der Raketeneinschläge aus Gaza nach dem 19. Juni 2008 fast auf Null zurückgegangen war. Tatsache ist weiter, dass die 1,5 Millionen Einwohner Gazas ausgehungert wurden und Israel die Nahrungslieferungen der UN stoppte. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter erreichte bei der Hamas die Zusage, den Raketenbeschuss für sechs Monate auszusetzen, falls Israel Nahrungsmittel-Lieferungen wieder zuließ. Die Waffenruhe wurde am 4. November 2008 durch Israel gebrochen, das einen Verteidigungstunnel der Hamas zerstörte.

Unsere Politiker stellten die Frage: „Hat ein Staat das Recht, seine Bürger vor Raketenbeschuss zu schützen?“ – Fast keiner stellte die Frage: „Hat ein Staat das Recht, eine Bevölkerung seit drei Jahren zu belagern und auszuhungern?!“ – Der Goldstone-Bericht über den Gaza-Krieg spricht deutlich von Kriegsverbrechen Israels. Der Autor ist ein zionistischer Jude!

Die Hamas ist eine religiös-politische Partei, die die Mehrheit der palästinensischen Stimmen erhalten hat. Sie hat mit ihren primitiven Raketen, die meistens auf freiem Feld landeten, zehn Menschen getötet. Es ist bei uns üblich, die Hamas als Terrororganisation zu bezeichnen. Was aber ist dann eine israelische Regierung, die allein in zwei Wochen im Januar 2009 mehr als 1000 Menschen, meistens unschuldige Zivilisten, umbringen ließ?

Amnesty International schrieb bereits im Jahresbericht 2006: „Anstatt gesuchte Palästinenser festzunehmen und strafrechtlich zu belangen, verfolgt die israelische Regierung die Strategie der extralegalen Hinrichtung. Dabei werden unbeteiligte Zivilisten ermordet.“ – Genauso verfuhr man beim Überfall auf Gaza.

Israels Regierung und Militär wissen sehr wohl, dass sie gegen die Regeln der Kriegsführung verstoßen. Deshalb wollen sie keine Zeugen haben. Journalisten wurde der Zutritt zum Gazastreifen verwehrt, trotz gegenteiliger Anweisung des israelischen obersten Gerichts! – Die von Israel permanent begangenen Kriegsverbrechen werden die Länder des Nahen Ostens auf Jahrzehnte hinaus belasten. **Es ist an der Zeit, unsere grenzenlose Solidarität mit dem Staat Israel in den USA und in Deutschland zu überdenken!**

V. Resümee

Die große Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland (und daher auch ihre Vertreter in den Synagogen-Gemeinden und im Zentralrat) unterstützt mit bedingungsloser Solidarität Israels kurzsichtige Kriegspolitik und seine beschämende Besatzungspolitik. Sie zeigt bei Demonstrationen die israelische Flagge. Auf ihr Betreiben erhielt der israelische Historiker Ilan Pappé in München Redeverbot, weil er die Politik seines Landes kritisch beleuchten wollte. – Eine jüdische Minderheit weist Gott sei Dank immer wieder darauf hin, dass diese Politik und ihre Unterstützung der jüdischen Ethik genau entgegengesetzt sind.

Rolf Verleger, ehemaliges Mitglied im Zentralrat, gehört zu dieser kritischen Minderheit und hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Israels Irrweg“, (2. Aufl., Köln 2009). Auf S. 103 schreibt er: „Tatsächlich ist einem großen Teil der Juden in Deutschland die jüdische Religion unbekannt oder gleichgültig. Will man sich weiterhin zum Judentum bekennen, dann muss diese Leerstelle durch etwas anderes ausgefüllt werden. Als Lückenbüßer bietet sich der Nationalismus an. Der Nationalismus hat eine solche Sogwirkung entfaltet, dass – besonders in Israel, aber nicht nur dort – auch große Teile der jüdischen religiösen Funktionsträger die jüdische Ethik von Gerechtigkeit und Nächstenliebe aufgeben und durch eine nationalistische „Ein-Volk – Ein-Land“ – Religion ersetzen...“

Diese Ersatzidentität dient dazu..., die Augen vor dem Unrecht zu verschließen, das in jüdischem Namen den Bewohnern Palästinas angetan wurde und angetan wird. Dies geschieht dann, wenn der berechtigte Zorn der arabischen und islamischen Welt gegen die israelisch-nationalen Exzesse als Ausdruck von Judenhass umgedeutet wird... Die Bösen sind dann immer die Anderen.

Wenn nichtjüdische Deutsche wegen ihres Entsetzens und tiefen Bedauerns über die Ermordung der Juden Europas durch Deutsche sich heute nicht getrauen, die Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser durch Juden zu verurteilen, so sind dies zwar ehrenwerte Gründe, aber das Verhalten ist unmoralisch. Es ist unmoralisch, weil es dazu führt, dass neues Unrecht weiter geschieht und die Welt immer tiefer in einen Strudel von Gewalt gerät.“ Rolf Verleger wurde übrigens vor ein paar Monaten vom Zentralrat ausgeschlossen!

Der liberale Jude Alfred Grosser wurde nach Westerwelles Besuch in Israel am 21.12.09 von der FAZ interviewt. Er beklagt, dass Deutschland bei der Siedlungspolitik nicht auf die EU-Resolution vom Februar letzten Jahres verweist oder Druck auf Israel ausübt, indem es die Finanzierung israelischer U-Boote in Frage stellt. Stattdessen sei unsere Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch der Knesset im Jahr zuvor aufgetreten, „als sei sie ein Mitglied der Likud-Partei“. Für Grosser steht fest: „Solange Israel den Stopp des Siedlungsbaus nicht einmal in Erwägung zieht, ist eine Zweistaaten-Lösung ausgeschlossen.“

Als Kurt Goldstein einem ranghohen Vertreter der katholischen Kirche sagte, dass „wir Juden nicht das Recht haben, den Palästinensern das anzutun, was die Nazis uns angetan haben“, sagte dieser: „Herr Goldstein, Sie als Jude dürfen das vielleicht sagen. Wenn ich das sage, bin ich ein Antisemit.“ Das ist der Punkt. Aber das ist Unsinn!

Kritische Juden haben im Januar 2007 die „Berliner Erklärung Schalom 5767“ veröffentlicht. Darin beklagen sie, dass sich Israel wider Recht und Gesetz ein riesiges Atomwaffenlager zugelegt hat, was offiziell geleugnet wird. Die Erklärung richtet sich vorrangig an die deutsche Regierung, die endlich ihre Politik ändern sollte, wenn sie das wieder gutmachen will, was die Nazis gegen die Menschlichkeit getan haben. Sie soll vielmehr eine Politik machen, die den Grundsätzen des Humanismus entspricht und nicht weiter im europäischen Konzert auf die Bremse treten, wenn es um eine Verurteilung israelischer Politik geht.

Ja, es ist richtig, dass es viel Unrecht und abscheuliche Anschläge von gewaltbereiten Palästinensern gegeben hat. Aber es stimmt nicht, dass die arabische Welt per se die Juden aus Israel vertreiben will. (Es hat in der islamischen Welt traditionell viel weniger Judenfeindschaft gegeben als in der christlichen Geschichte.) Mit Jordanien und Ägypten sind zwei wichtige Staaten zum Frieden bereit. Mit Syrien könnte es Frieden geben, wenn Israel die Golanhöhen räumen würde. Auch mit den Palästinensern könnte Israel Frieden schließen, wenn mehrheitlich ein Wille dazu vorhanden wäre: Anerkennung der Würde der Palästinenser, Eingeständnis des großen Unrechts der Vertreibung, Entschädigung der Eigentumsverluste, Gewährung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967. Leider ist die Mehrheit in Israel dazu nicht bereit.

Ich habe erlebt, mit welchem Hass und mit welcher Verachtung in Israel über die Palästinenser gesprochen und wie menschenunwürdig mit ihnen seit Jahrzehnten verfahren wird. Das haben die tapferen jungen Israelis hautnah erlebt, die daraufhin ihren Militärdienst verweigern und in israelischen Gefängnissen sitzen! Wenn der Staat Israel nicht diesen anderen Weg geht und den Frieden sucht, dann wird es diesen Staat in hundert Jahren vermutlich nicht mehr geben. Und – schlimmer noch! – das Judentum wird zu einer platten, volkstümelnden, nationalistischen Herrschaftsideolo-

gie verkehrt und von niemandem mehr als eine moralische Instanz ernst genommen werden.

VI. Christliche Schlussbemerkung

Ich frage mich als evangelischer Christ, ob es nicht stärker unsere Sache als Kirche sein müsste, die Friedensgruppen in Israel zu unterstützen, die das Unrecht ihrer Regierungen seit Jahren öffentlich anklagen, wie z. B. Uri Avnery. Müssten wir nicht als Kirche noch eindeutiger an der Seite der Schwächeren stehen, also an der Seite der entrechteten, gedemütigten und verzweifelten Palästinenser, egal ob Muslime oder Christen!? Und ich frage mich als Deutscher, ob ich meiner besonderen Verantwortung für Israel nicht gerade dadurch gerecht werde, dass ich den Irrweg der gegenwärtigen Politik Israels öffentlich beim Namen nenne.

Der Palästina-Konflikt wird sich in Zukunft beim Thema „Wasser“ noch einmal verschärfen. Schon jetzt verstärkt der rapide, völkerrechtswidrige Siedlungsbau in den besetzten Gebieten die Wasserknappheit immens. Wenn Palästinenser einen neuen Brunnen im eigenen Land bohren wollen, brauchen sie die Genehmigung der Besatzungsmacht! – Bleibt die Frage: Wem gehört dieses Land!?

Ich habe vor einigen Jahren den englischen Theologen Colin Chapman kennen gelernt, der viele Jahre in Beirut unterrichtet und u. a. ein Buch geschrieben hat mit dem Titel „Whose Promised Land?“ (Lion Publishing plc Oxford 2002). Chapman führt darin aus, dass Jesus von Nazareth die Frage der Landverheißung in der hebräischen Bibel spiritualisiert zum „Kingdom of God“, das alle nationalen Grenzen sprengt. Seine Antwort auf die Frage des Buchtitels gibt ein Hinweis auf Leviticus 25,23: „The land is mine and you are but aliens and tenants!“ – „If God gave it to one group of people for a particular period of time, they were to see it as a gift, and not as something that they owned by right.“ („Das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir.“ – „Wenn Gott es einer Bevölkerungsgruppe für eine bestimmte Zeitspanne gab, dann sollte sie es als ein Geschenk ansehen, nicht als etwas, das sie von Rechts wegen besaßen.“ Übers. Dr. Günther) Den orthodoxen Juden in Israel, die aus der hebräischen Bibel „the divine right to the land for all time“ („das göttliche Recht auf das Land für alle Zeit“, Übers. Dr. Günther) ableiten, schreibt er

ins Stammbuch: "They need to ask themselves whether the settlers on the Westbank and in Gaza and their governments have overseen the need to listen to the command in the Torah about not oppressing the alien and the stranger." („Sie müssen sich fragen, ob die Siedler der Westbank und im Gazastreifen und deren Regierungen die Notwendigkeit übersehen haben, auf das Gebot der Torah zu hören, das davon spricht, den Anderen und Fremden nicht zu unterdrücken“. Übers. Dr. Günther) – Chapman schließt sein Buch mit dem Satz: "It ought to be possible for the rest of the world to support Jews and Pa-

lestinian Arabs in finding ways to recognize each other's existence and aspiration, and to make their home in the land as they live there side by side." („Es müsste für den Rest der Welt möglich sein, Juden und palästinensische Araber dabei zu unterstützen, Wege zu finden, die gegenseitige Existenz und Bestrebung anzuerkennen und in dem Land ihre Heimat zu behalten, in dem sie Seite an Seite leben.“ Übers. Dr. Günther).

Hansjürgen Günther
Im Herling 29, 74931 Lobbach

LAND – VOLK – STAAT

Israel und die Völker

Martin Stöhr

„Die Sonderstellung von Judentum und Christentum besteht gerade darin, dass sie, sogar wenn sie Religion geworden sind, in sich selbst die Triebe finden, sich von dieser Religionshaftigkeit zu befreien... und aus ihren Umarmungen wieder in das offene Feld der Wirklichkeit zurückzufinden... Sie waren ursprünglich etwas ganz Unreligiöses.“
(Franz Rosenzweig 1925)

I

1. Als Kirchen *müssen* wir uns mit Israel befassen, da wir ohne die lebendige Wurzel Israel uns von der Quelle unseres Lebens abschneiden und verdorren. Wir können unsere Benennung und unser Leben nach dem *Messias Gottes*, dem Gesalbten, dem Christos, als seine NachfolgerInnen, nur auf Grund der Schrift (TaNaK) verstehen sowie öffentlich und privat leben und erklären. Genau so können wir den „Grund der Hoffnung“, die in uns ist (1 Petr 3,15) und das zum Praktizieren uns von Gott nur via Israel übermittelte „Gesetz“, das „heilig, gerecht und gut“ ist (Rö 7,12) ohne den lebendigen Israel-Bezug weder verstehen, mutig aktualisieren noch leben.

2. Da Israel weder zu spiritualisieren ist noch die Kirche als „wahres Israel“ dem wahren Israel seine Würde stehlen und sein Leben gefährden darf, hat die Kirche eine Verantwortung für Israels Leben in allen seinen Gestalten: als *am jisrael* (jüdisches Volk in der Diaspora und im „Heiligen Land“), als *erez Jisrael*

(Land) und als Staat (*medinat jisrael*). Die drei Realitäten sind nicht zu trennen, wohl zu unterscheiden, denn in ihnen lebt – wie verborgen und menschlich auch immer – *Gottes Wirklichkeit mitten in der irdischen Wirklichkeit*.

II

3. Die Christenheit liest die Bibel als das Buch von *Gottes Selbsterschließung* für sein Volk Israel und *durch Israel für die Völker*. Die biblische Offenbarung hat von Anfang an bis zum Ende eine universale Dimension: In ihrer Erzählung von der Schöpfung bis zur Hoffnung auf eine neue Schöpfung wie in der praxis pietatis, vom Kaddisch bis zum Tischgebet, wird der eine Gott angerufen und ernst genommen als „Herr unser Gott, König der Welt“.

4. Gott ist Israel verbunden in besonderen Bundesschlüssen – gegründet in Gottes heilvollem Handeln: *Abrahams* Berufung, die *Befreiung* aus Zwangsarbeit, die *Toragabe* und Zusage von Land (wie für alle Völker!) an die befreiten, aber noch landlosen Ex-Sklaven. Ihm gehört die ganze Erde (Ps. 24,1). Recht und Gerechtigkeit, Menschenwürde und Frieden sind die Maßstäbe *seiner* Weltverantwortung. Wie könnten die der Menschen andere sein? Die Existenzgrundlage Israels sind die Gottesgeschenke: Berufung – Befreiung – Weisung – Land.

5. Diese Bundesschlüsse sind nicht in Israels Größe oder Qualität begründet, sondern allein

in Gottes Freiheit und Liebe (Dtn 7,8). Die Berufung Israels ist eine „Gewalt der *Tatsache*“ (F. Rosenzweig). Sie ist ein geschichtliches Ereignis, ohne historisch beweisbar oder ableitbar zu sein. Sie ist aber geschichtlich folgenreich – für Israel wie für die Völker. Israel *lebt* und *muss leben*, denn es enthält in seiner realen Geschichte die Geschichte seiner Berufung zum Zeugen Gottes unter den Völkern. Die Völker haben also ihr Verhältnis zu Israel mitzubedenken wie Israel das seine zu den Völkern. Der deutsche Versuch, Israel zu töten, zielte auf die Tötung der Stimme Gottes.

6. Die *Berufung des Volkes Israel* und die *Berufung des Juden Jesus* von Nazaret entsprechen sich in ihrer Kontingenz, Struktur und inhaltlichen Vorgabe eines gnädigen und kritischen Handelns Gottes mit seiner Welt (F. W. Marquardt). Beide sind als „zufällige Geschichtswahrheiten“ (G. E. Lessing), Setzungen Gottes. Sie sind weder gegen Berufungen anderer Kulturen auszuwechseln noch durch die Vernunft zu beweisen.

7. Die „Geschichte der Kirche ist nach Gottes Willen mit dem Volk Israel unlöslich verbunden, nicht nur genetisch, sondern in echter *unaufhörlicher Begegnung*“ (D. Bonhoeffer). Die kirchliche Existenz wurzelt in der bis heute nicht beendeten Geschichte Gottes mit Israel und im jeweils gegenwärtigen Israel. Israel *lebt* als Mutter und als Schwester der Christenheit. Die Kirche hat sich selbst verraten und ausgetrocknet, als sie die vitalisierende Wurzel Israel verriet, Abstand zu ihr nahm oder töten ließ.

8. Statt in der *Wurzel Israel lebendig* zu wurzeln sowie sich zu entfalten und so Israel treu zu bleiben, erlag die Christenheit der Versuchung, sich „machtvoll“ und in geliehener Universalität in den heidnischen Wurzeln des Römischen oder des Byzantinischen Weltreiches zu verwurzeln. Das förderte ihre eigene Paganisierung.

9. Die alte, christliche These, klassisch von W. Pannenberg formuliert: „Universal wurde Gott erst durch Jesus Christus“, ist falsch.

10. Die Schöpfung zeigt wie der Noah-Bund, dass Gott ein *universales Konzept* zur Menschwerdung des Menschen und zur Weltgestaltung hat. Das wird durch keine menschliche Verachtung der Grundausstattung der Schöpfung und ihrer Intention: „gut!“ zu sein und zu werden, außer Kraft gesetzt. „*Gott wohnt in seinem Volk inmitten seiner Unreinheit*“

(M. Wyschogrod). In der Kirche hat er keine bessere Wohnung.

11. Mit der Berufung und Segnung *Abrahams* und seiner Nachfahren (sowohl des zuerst geborenen *Ismael* wie des zweiten Sohns *Isaak*) verklammert er die Völkerwelt mit seinem Sohn *Isaak* / *Jakob* / *Israel* (Ex 4,22; Hos 11,1) in der Generationenkette bis heute. Er bindet den *Segen* für die Völker an die unaufgebare, für beide Seiten lebensnotwendige Segnung (und Nicht-Verfluchung!) Israels.

12. Die *Tora* ist als heilender und kritischer „Wirkstoff“ implantiert in die Diskrepanz zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll und kann. Sie bleibt im Midrasch zur Hebräischen Bibel, dem Neuen Testament, gültig (Mt 5,17; Rö 7,12 etc), um immer wieder *neu konkretisiert* und *verwirklicht* zu werden.

13. *Gegen die Treulosigkeit* der Völker und Israels stiftet Gott menschliche *Hoffnung und Verantwortung* für einen „neuen Himmel und eine neue Erde“ (Jes 65,17; 66,22; 2Petr 3,13; Off 21,1). Es gibt keine jüdische oder christliche Hoffnung ohne Gebet und realisierende Arbeit für das, was man hofft und bittet (z. B. im Vater Unser).

III.

14. Was bisher als *Credo* formuliert ist, muss auch in *nichtreligiöser* Wahrnehmung und Analyse der Geschichte Israels (inkl. Nahostkonflikt) auszudrücken sein. Weil die Bibel (a) für jüdische wie für nichtjüdische Menschen auch als ein säkulares Dokument einer orientalischen Volksgeschichte gelesen und unterrichtet wird, (b) weil sie als nationaler und/oder als religiöser Mythos (z. B. für Siedler und christliche Zionisten) zur politischen Waffe wird (wie die konstantinische Schenkung!) und (c) weil sie für die Mehrheit der Weltbevölkerung als theologische Argumentation irrelevant ist, vor allem, weil (d) jüdische wie christliche Religion allzu häufig gewaltverschärfend wirkt.

15. Das Leben Israels im Staat wie in der Diaspora und seine Selbstverständnisse dürfen – wie das Leben anderer Völker und ihre Selbstverständnisse – *nicht fremden Definitionen, Interessen oder Gewalten* unterworfen werden.

16. Menschen und Völker leben nicht nur mit sich selber und für sich. Sie sind folglich auf Kompromisse mit ihren Mitmenschen und Mitvölkern angewiesen. Grenzen sind Bedingungen der Freiheit. Die biblischen Maßstäbe von *Recht und Gerechtigkeit*, von *Frieden und*

Menschenwürde haben ihre säkularen Entsprechungen oder Derivate, sind also Elemente einer vereinbarenden Koexistenz.

17. Verantwortung für Israel wahrzunehmen, ist über religiöse und weltanschauliche Grenzen hinweg möglich, ja geboten.

IV

18. Deutschland hat als Gesellschaft und als Staat eine *besondere Verantwortung* für ein unbedrohtes und zukunftsfähiges Leben des Volkes Israel in seinem Land, in seinem Staat und in der Diaspora als einer selbstbestimmten Existenz. Der Grund dafür liegt in dem *singulären Mordversuch an Israel*, der von Deutschland ausging und ein Drittel des jüdischen Volkes vernichtete.

19. Die Zugehörigkeit zum Tätervolk verlängert nicht die Schuld an der Vorbereitung, Duldung oder Exekution des Mordes in die Generation der Nachgeborenen, wohl aber die *Verantwortung aller*, dass dergleichen nicht noch einmal gedacht, propagiert oder verwirklicht werden darf – mit welchem Volk auch immer.

20. Da Israel in vielfachen Gestalten lebt, sind auch die *Vorurteile und Bedrohungen vielgestaltig*: religiöser (christlicher oder islamischer) Antijudaismus, Antisemitismus (rassistischer, sozialer, völkischer etc. Provenienz), Antizionismus und Antiisraelismus leben nicht nur in unserer Gesellschaft. Sie verbünden sich untereinander und mit Fremdenfeindschaft, Rassismus, Nationalismus, Gewaltbereitschaft etc. Dagegen zu arbeiten ist die erste, vor jeder Israel, „kritik“ wahrzunehmende Verantwortung.

21. Solidarität mit Israel zu praktizieren bedeutet *keineswegs* eine *Bejahung jeder Maßnahme* jeder israelischen Regierung.

22. Die Entstehung des modernen Staates Israel wurde durch die deutsche Gewaltgeschichte beschleunigt, wenn auch nicht monokausal verursacht. Das Festhalten an Gottes Berufung sowie an der dadurch gestifteten Hoffnung auf einen Platz in „Zion“ unter, *besser mit den Völkern*, gehört zur inkarnatorischen (M. Wyschogrod) Dimension biblischer und nachbiblischer Traditionen.

23. Der jüdische Staat ist ein notwendiges *Schutzgehäuse* für das jüdische Volk in einem Land, das mit Zion eine Ortsangabe nennt, deren Grenzen aber nur durch Recht und Respekt, Kompromisse und Versöhnung mit den Nachbarn und Minderheiten vernünftig, *ohne*

religiöse Begründung, festgelegt werden können.

24. *Kein Staat*, auch nicht der jüdische, hat eine *theologische Dignität*. Er ist funktional zu sehen, ist ein Instrument des Schutzes wie es die „Kleider“ für Adam und Eva oder menschliche Wohnhäuser, Dörfer und Städte sind. Nur insoweit ist dieser Schutz ein „Zeichen der Treue Gottes“. Den Schutz eines Volkes zu sichern, unterliegt der Weisung des Gottes Israels, der auch ein Gott der Völker ist. Deren „Schutzinstrumente“ sind also mitzubedenken. Den Schutz eines Volkes zu gefährden oder zu zerstören, widerspricht der Weisung Gottes.

25. Der Schutzfunktion eines Staates gleichzustellen ist die *Schutzfunktion der Minderheitenrechte* durch den Staat der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft, also der arabischen Bevölkerung in Israel und der jüdischen (sowie der christlichen oder sonstigen) Minderheiten in islamischen Ländern.

V

26. Die Staatsgründung Israels brachte für die arabischen Bewohner der Region auch *Unrecht* mit sich, das keineswegs allein von Israel zu verantworten ist. Es gibt folglich auch eine Verantwortung für das palästinensische Volk, das auch durch die Instrumentalisierung vonseiten der arabischen Brudervölker (als schwärende Wunde gegen Israel) bis heute keinen eigenen Staat erhielt. Er steht ihm – wie dem jüdischen Volk – aufgrund des *Völkerrechtes (UNO-Beschluss vom 27.11.1947)* und des Selbstbestimmungsrechtes wie der Menschenrechtscharta der UNO zu.

27. Aufgrund dieser Basisrechte geht es nicht an, Recht der einen gegen Unrecht der anderen Seite zu setzen oder die Historie zum Steinbruch für Argumente für den „Anfang“ des Unrechts zu benutzen. Die gegenseitige *Anerkennung des erfahrenen Leidens* – ohne Aufrechnung oder Gleichsetzung – gehört zur anzustrebenden Koexistenz. Wichtiger ist es, zu beachten, dass der „Nahostkonflikt“ ein *asymmetrischer Konflikt* ist. Israel ist gegenüber Palästina überlegen, gegenüber der arabisch-islamischen Welt aber unterlegen.

28. Israel hat den durch UNO-Beschluss völkerrechtlich begründeten Staat *bereits erreicht*, er ist aber in seiner Existenz gefährdet und seine Grenzen sind noch nicht festgelegt. Das seit 1967 eine „palästinensische“ Identität entwi-

ckelnde arabische Volk hat diesen völkerrechtlich beschlossenen Status eines Staates zum Schutz seiner Bevölkerung noch nicht erreicht. Diese Diskrepanz ist auch eine Quelle ständiger Gewalt und Einmischungen anderer Mächte und Interessen.

29. Die *Völker*, gerade auch die Deutschen, sind aufgefordert, kritisch *mitzudenken*, um konkrete Probleme für eine humanere Zukunft lösen zu helfen: Respekt vor dem Leiden der anderen, Festlegung und Sicherung der Grenzen für beide Völker bzw. Staaten, Minimierung von Hass, Gewalt, Terror, Arbeitslosigkeit

und Flüchtlingselend, Sicherung demokratischer Rechtsstaatlichkeit.

30. An Israel *andere Maßstäbe* des Völkerrechts und der Menschenrechte anzulegen als an andere Völker und ihre Politik, ist eine sublimale Form von Antisemitismus, genauso wie es Antiarabismus bzw. Antiislamismus ist, die arabisch-islamische Welt von diesem Maßstab zu dispensieren.

Thesen vorgetragen im Arbeitskreis „Kirche und Israel“ der EKHN

Martin Stöhr

Fröbelstraße 10, 61118 Bad Vilbel

DAS WAR'S –

Die Themen der 10. Kirchensynode der EKHN

Lothar Triebel

Pfr. Dr. phil. Lothar Triebel arbeitet als Theologischer Referent der Kirchensynode in Darmstadt

„Das war's“ – diesen kurzen Satz konnte man in den letzten sechs Jahren öfters aus dem Mund von Synodalen hören. Am Ende der letzten, der 16. Tagung natürlich besonders häufig. Für manche ging damit „nur“ die jetzige Kirchensynode zu Ende. Für andere war es das endgültige Ende der Arbeit in der Synode, ob nach nur ein oder zwei Jahren oder ob nach 24 Jahren.

„Das war's“ konnte man mit sehr unterschiedlichem Ton hören. Manchmal erfreut oder gar triumphierend, wenn eine wichtige Beschlussvorlage nach langem Ringen entweder positiv verabschiedet oder aber im Gegenteil ein Vorhaben endgültig verhindert worden war. Manchmal war der Ton auch enttäuscht, gelegentlich sogar resignativ. Gerade nach den letzten großen Entscheidungen, zur Kirchenordnung und zu den Tagungsstätten, war beides zu hören.

Mehrheitlich Freude über erfolgreiche Arbeit

Gott sei Dank (!) überwog der Ton der Freude. Unvergessen bleiben die Reden der Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses und des Kirchenordnungsausschusses, nachdem das neue Zuweisungssystem bzw. die revidierte Kirchenordnung endgültig unter Dach und Fach waren. Nachhaltig wirken auch die positiven Signale, die von den Entschlüssen zum

Flughafenausbau, zum Ökofonds, zu den Kinderkrippen oder zur Zukunft des Sozialstaats ausgingen. Allerdings führte eine Stellungnahme der Synode zum Flughafenausbau leider auch für mindestens ein Mitglied der EKHN zu einem anderen „Das war's“: Es trat aus unserer Kirche aus und teilte das per Email unter Angabe des Grundes mit.

Immer wieder waren es einzelne Synodale, die maßgeblich eine Entscheidung beeinflussten (Beispiel: Ökofonds). Häufig gelang das auch einem Ausschuss (Bsp.: Kirchenordnung), gelegentlich auch einer Gruppe von Synodalen (Bsp.: Klage vor dem Kirchlichen Verfassungsgericht und Gesetzesinitiative hinsichtlich der Befristung der Gemeindepfarrstellen, auch wenn hier die Entscheidungen und damit das „Das war's“ noch ausstehen). Der Einfluss von Dekanatssynoden ist aus Verfahrensgründen weniger direkt; sieht man aber genauer hin, kann man bei einer nicht geringen Zahl von Entscheidungen erkennen, dass sie von einer Dekanatssynode entweder angeregt oder aber beeinflusst wurden. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die vor- und nachbereitende Arbeit in den 6 Propsteigruppen: Synodale Vorhaben und Themen wurden in den jeweils ca. 25 Personen umfassenden Gruppen intensiv diskutiert; dies führte u.a. dazu, dass ins Plenum auch regionsspezifische Fragestellungen (z.B. das Verhältnis von Stadt und Land) eingebracht wurden.

Innerkirchliche Themen

Die meiste Zeit widmeten sowohl das Plenum als auch die Ausschüsse innerkirchlichen Themen. Neben den bereits aufgelisteten war es vor allem der Reformprozess „Perspektive 2025“ mit seinen vielfältigen Projekten. In dieser Diskussion wurde exemplarisch deutlich, dass viele Synodale sehr an inhaltlichen Fragen interessiert sind. Die Frage, was die ev. Kirche für die Menschen bedeutet und wie die EKHN die Menschen in Zukunft in ihren spezifischen Lebenssituationen verstehen und dann unterstützen kann, erscheint wichtiger als nur äußere Abläufe und Verfahrensweisen zu (er)klären. „Erst Inhalte, dann Strukturen!“ wurde in den Debatten des Reformprozesses nicht selten gefordert. – Die Dekanatsstrukturreform, auf den Weg gebracht von der Neunten Kirchensynode, wurde evaluiert und manches „nachgesteuert“, außerdem wurden zwei Dekanatsfusionen beschlossen. Die Neufassung der Lebensordnung wurde nach mancher Bemühung auf die 11. Kirchensynode vertagt, die Konfirmandenarbeit (auch im Kontext der Ganztagschule sowie von G8) zum Schluss aber noch intensiv diskutiert. Im Bereich der Verkündigung war das bedeutendste Vorhaben vermutlich die Neufassung des Lektoren- und Prädikantengesetzes. Themen waren aber auch die Perspektiven des Pfarrberufs sowie die Statistik des Pfarrdienstes in der EKHN; diese Statistik fand dann 2007 im Zuge der Kürzungsentscheidungen im Rahmen von „Perspektive 2025“ sehr praktische Anwendung. Im Bereich der angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war die Novellierung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes, die der Gewerkschaft ver.di die Mitwirkung in der Arbeitsrechtlichen Kommission („3. Weg“) ermöglichte, die herausragende Entscheidung. Dabei versäumte die Synode nicht, sich selbst zur Anwältin von Arbeitnehmerinteressen zu machen, als es um eine Härtefallregelung im untersten Vergütungsbereich (E1/E2) ging.

Den oben genannten Kürzungsentscheidungen im Zuge von „Perspektive 2025“ war schon eine intensive Prioritätendebatte zur Konsolidierung des Haushalts in der ersten Hälfte der Legislaturperiode vorausgegangen. Der unerwartete Geldsegen, der später parallel zur Diskussion über „Perspektive 2025“ die Kassen der EKHN füllte, wurde nach reiflicher Überlegung größtenteils in eine Kirchbaurücklage überführt, die nun den Eigenanteil der

Gemeinden an der Finanzierung ihrer Kirchenrenovierungen spürbar senkt.

Ein „Dauerbrenner“ war die Diskussion um die Printmedien im Bereich der EKHN, insbesondere um „ECHT“. Eine andere „Kontaktfläche“ zu der Kirche nicht unbedingt nahestehenden Menschen, mit der die Synode sich beschäftigte, war die Akademie Arnoldshain. Diese war auch wieder Thema, als die Synode in die vier bzw. fünf Arbeitsgebiete umfassenden Kooperationsverhandlungen mit der nordhessischen Schwesterkirche einbezogen wurde. Und die Synode blickte noch weiter über den EKHN-Horizont hinaus: Die Mitgliedschaft der EKHN in der UEK blieb eine – nur vorläufig positiv beantwortete – Frage, und immer wieder berichteten im Plenum die EKHN-Mitglieder der EKD-Synode von deren Tagungen. Sogar Internationales spielte eine Rolle: Die Einladung der US-amerikanischen United Church of Christ zur Kirchengemeinschaft wurde ausgesprochen und diese Kirchengemeinschaft durch den Besuch einer UCC-Delegation vor der Synode auch realisiert. In diesem Zusammenhang war es eine glückliche Fügung, dass die Synode wenige Monate später die Möglichkeit wahrnehmen konnte, mit Dr. Susan Durst jemanden in die Kirchenleitung zu wählen, die in der UCC aufgewachsen ist. – Eine ganz andere Form von Kooperation wurde Thema bei der Überprüfung der Repräsentanten der EKHN auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit der Stasi.

Themenbereich Kirche und Gesellschaft

Die Frage nach der Stasivergangenheit leitet über zu den außerkirchlichen Themen, die ebenfalls intensiv bearbeitet wurden. Neben den eingangs schon aufgezählten wie z.B. dem Flughafenausbau waren es u.a. die Aufnahme irakischer Flüchtlinge sowie die Bestattungskultur, insbesondere in Bezug auf prekäre Lebensverhältnisse. Diese waren auch im Blick, als es in der Mitte der Wahlperiode um die Zukunft des Sozialstaats ging. Eine synodale Projektgruppe arbeitete schon 2004 über Nutzen und Schaden der 40-Stunden-Woche für Kirche und Gesellschaft und mögliche Alternativen. Es entstand eine Entschließung der Kirchensynode zur Veränderung der Arbeitswelt und der Erwerbsarbeit, außerdem eine solche zur Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug. Später arbeitete eine Arbeitsgruppe zum Thema Transformationsprozesse in der Arbeitswelt.

mation der Bundeswehr. Der angestrebte weltweite Frieden war auch der Beweggrund für die Einrichtung eines Runden Tisches zur Klimaproblematik als Folge der Resolution der 29. Friedenskonsultation. Naheliegender war dann auch, sich zu Biopatenten zu äußern.

Haushalt und Wahlen

Das war – noch längst nicht alles. Aber bereits die hier beschriebenen Themen spiegeln die umfangreiche und vielseitige Arbeit dieser Synode wider. Festgehalten seien auf jeden Fall noch die zahlreichen *wiederkehrenden Beschäftigungen* wie z.B. das jährliche Haushaltsgesetz und die Wahlen und Berufungen der Führungspersonen der EKHN. Dabei war es schon eine Besonderheit der 10. Kirchensynode, neben einer neuen Dezernentin sowie einer neuen Pröpstin und einem neuen Propst die „TOP 3“ der Hauptamtlichen komplett neu zu wählen: Den Kirchenpräsidenten, seine Stellvertreterin und den Leiter der Kirchenverwaltung.

Ausblick

Nach der Synode ist vor der Synode – die 11. Kirchensynode erbt von ihrer Vorgängerin unter anderem den Kooperationsprozess mit der EKKW und die Beschäftigung mit der Lebensordnung. Auch die Kirchengemeindeord-

nung, die eigentlich im Zusammenhang der Kirchenordnung revidiert werden sollte, dürfte wieder auf die Tagesordnung kommen. Unabgeschlossen blieb ebenfalls das im Zuge der Neuordnung des Zuweisungssystems angesprochene, im Zusammenhang des Perspektivprozesses „2025“ aber nicht gelöste Problem, wie eine Kirchengemeinde in der EKHN definiert sein soll; nicht zuletzt die Frage nach einer möglichen Mindestgröße blieb offen. Die nächste Diskussion um „ECHT“ steht unabweisbar vor der Tür. Ob die Befristung der Gemeindepfarrstellen neu diskutiert werden wird, hängt vom Urteil des Gerichts ab. Unsicher scheint auch die Zukunft des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes, nachdem ver.di an vielen Sitzungen der Arbeitsrechtlichen Kommission nicht teilgenommen hat, der Schlichtungsausschuss es aber abgelehnt hat, die ver.di-Vertreter/innen deshalb auszuschließen.

So ist es von Vorteil, dass im Verhältnis von etwa 1:1 sowohl erfahrene Synodale, die diese Diskussionszusammenhänge bereits kennen, wiedergewählt worden sind, als auch neue Synodale, die frischen Wind in die Debatten bringen können, die Gesprächskultur der 11. Kirchensynode bereichern.

*Lothar Triebel
Elfengrund 1, 64367 Mühlthal*

Kindergeld sichern – auch bei eigenem Einkommen der Kinder

Stehen die Kinder erst einmal finanziell auf eigenen Füßen und verdienen das erste Geld, wird das für die Eltern oft teuer. Sobald die Einkünfte des Sprösslings 7.680 Euro übersteigen, verlieren Eltern nicht nur ihren Anspruch auf Kindergeld, sondern auch viele andere Vergünstigungen wie zum Beispiel die Riester-Zulage oder Ausbildungsfreibeträge.

Dabei lässt sich das Einkommen des Nachwuchses um etliche Freibeträge und gezahlte Sozialversicherungsbeiträge kürzen. So kommen Eltern häufig doch noch unter die Grenze von 7.680 Euro und halten ihren Anspruch auf Kindergeld weiter aufrecht: Ist das Kind beispielsweise in der Ausbildung und erhält steuerpflichtigen Arbeitslohn, akzeptieren die Finanzämter den Arbeitnehmer-Pauschbetrag für Werbungskosten von 920 Euro. Auch Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, zum Beispiel zur gesetzlichen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung, reduzieren das Einkommen.

Die Praxis, das Kindergeld zu streichen, sobald die Einkünfte die Grenze von 7680 Euro auch nur um einen Euro übersteigen, ist seit Jahren umstritten und hat bereits zu einer Verfassungsbeschwerde geführt. Die Karlsruher Richter nahmen den Fall damals nicht zur Entscheidung an. Inzwischen ist wieder ein Verfahren vor dem Bundesfinanzhof anhängig (AZ.: III R 73/08). Eltern, denen das Kindergeld gestrichen wurde, weil die Einkünfte des Kindes nur geringfügig über 7680 Euro lagen, sollten Einspruch einlegen und auf das anhängige Verfahren verweisen. (Quelle: Die Welt, 21.04.2010)

Ich zeige Ihnen gern, ob und wie Sie Ihren Anspruch auf Kindergeld geltend machen können:
BRUDERHILFE- PAX - FAMILIENFÜRSORGE Regionaldirektion Rhein/Main Peter Eiles,
Jakobstr. 5, 63500 Seligenstadt, Telefon 06182 787352, peter.eiles@bruderhilfe.de



DER THÜRINGER PFARRVEREIN E.V.

VERTRETUNG DER PFARRERSCHAFT

Einladung zur Mitgliederversammlung am 6.10.2010

in Neudietendorf

„Innovation oder Reformation“

Die zwei Leitplanken für den Weg unserer Kirchen

Dr. theol. habil. Rainer Stahl, Generalsekretär des Martin-Luther-Bundes, Erlangen

Der Thüringer Pfarrverein lädt zur Mitgliederversammlung am 6. Oktober 2010,
10.00–16.00 Uhr in das Zinzendorfhaus in Neudietendorf ein.

Nach der Niederlage und der Zerstörung des Tempels und des Gemeinwesens müssen nicht wenige ins babylonische Exil gehen. Was haben sie im Handgepäck? Einige kramen in aussichtsloser Lage die bis zu tausend Jahre alten Geschichten heraus, erzählen sie wieder und betonen die Segenszusagen. Wer auf diesen rückwärts gewandten Kram hereinfällt, verschließt sich den neuen wirtschaftlichen und vergnüglichen Möglichkeiten, die das moderne Babylon bietet, weint lieber an den Flüssen des fruchtbaren Landes der kargen Heimat nach, anstatt Einheimische zu ehelichen, um wenigstens ein passables Eigenheim aufzubauen und den Kindern den Schmerz der Erinnerung zu ersparen.

Entgegen allen Erwartungen haben aber gerade die Kinder oder Enkel, denen der Schmerz nicht erspart blieb, Jerusalem wieder aufgebaut.

Wenn bisher Hilfreiches und Vertrautes in Frage gestellt wird, wie reagieren wir? Worauf greifen wir zurück? Oder lassen wir alles stehen und liegen, öffnen uns für Dinge, die das Überleben zu sichern scheinen? Wie weit reicht unsere Hoffnung? Gibt es zu der gegenwärtigen Flucht in neue Methoden, die zum Teil der Wirtschaft entlehnt sind, zu Aktionismus und Eventkultur, dem allgegenwärtigen Streben nach gesellschaftlicher Wahrnehmung und Präsenz eine Alternative?

Reformation ist die Besinnung auf die Wurzeln, „ad fontes“ – zu den Quellen, sagte Melanchthon. Doch die Theologie des Kreuzes, die Torheit des Evangeliums taugt nicht zum Event. Lohnt das Kramen in jahrhundertealtem Handgepäck noch? Manchmal scheint es, als suchten wir das Heil in der Stabilisierung der Strukturen und Finanzen, passten dem z.T. die Verkündigung an. Längst haben Ämter und Geld ihre dienende Funktion vergessen. Unser Blick reicht kaum noch über den Horizont des Sichtbaren und des Kalenders hinaus.

Es geht um mehr als die Rolle der Priester im Exil oder der Pfarrer heute. Es geht um das Vertrauen in Gottes Gegenwart, seine Verheißung und seinen Segen, um die Verkündigung selbst. Beides dürfen wir nicht kurzzeitigem Überleben opfern oder unterordnen, müssen vielmehr eine neue Sicht unserer Gegenwart im Horizont der Auferstehung gewinnen.

Neben Vorstandsbericht und Informationen über die finanzielle Situation des Vereins ist ein neuer Schatzmeister zu wählen. Vorschläge dazu sind willkommen.

Für Mitglieder des Thüringer Pfarrvereines werden die anfallenden Fahrtkosten erstattet. Um Bildung von Fahrgemeinschaften wird gebeten.

Pfarrer, die nicht Mitglied im Pfarrverein sind, Kirchenbeamte und Mitarbeiter sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Tagesordnung:

- 10.00 Uhr Andacht
 - 10.20 Uhr Gedenken der Verstorbenen
 - 10.30 Uhr Vortrag „Innovation oder Reformation“ Dr. theol. habil. Rainer Stahl
 - 12.30 Uhr Mittag
 - 13.15 Uhr Vorstandsbericht des Vorsitzenden und Aussprache
Bericht des Schatzmeisters; anschließend Wahl eines neuen Schatzmeisters
Verschiedenes
- Ende gegen 16.00 Uhr

Wegen der Planung wird um Anmeldung bis zum 26. September 2010 per Post, Fax oder E-Mail gebeten an:

Pfarrer Martin Michaelis
Berggasse 2
96523 Steinach
Fax: 036762/12495
E-Mail: pfarrverein-buero@web.de

.....

Anmeldung

Hiermit melde ich mich zur Mitgliederversammlung des Thüringer Pfarrvereins am 6. 10. 2010 in Neudietendorf an.

Name:

Anschrift:

Tel./Fax:

E-Mail:

Ich nehme am Mittagessen teil: Ja / Nein

Ich bin Mitglied des Thüringer Pfarrvereins: Ja / Nein

Ort, Datum, Unterschrift

.....

Evangelische Partnerhilfe – persönliche Hilfe, die direkt ankommt!

Seit jetzt 16 Jahren unterstützt die Aktion Evangelische Partnerhilfe Pfarrerinnen und Pfarrer und andere kirchliche und diakonische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter evangelischer Partnerkirchen aus Mittel- und Osteuropa. Etwa 55 Millionen Euro sind in diesen Jahren – vor allem von den Pfarrerinnen und Pfarrern der Mitgliedskirchen der EKD aber auch von anderen Mitarbeitenden aus Kirche und Diakonie – für diese Aktion direkter Hilfe aufgebracht worden!

Für diese großzügigen Spenden danken wir allen, die dazu ihren Beitrag geleistet haben, ganz herzlich! Sie haben zahlreichen Pfarr- und Mitarbeiterfamilien in den evangelischen Minderheitskirchen geholfen, die schwierigen Jahre des kirchlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruchs nach der Wende zu erleichtern und in vielen Fällen diese überhaupt zu überstehen. Zahlreiche Dankschreiben von Empfängern belegen das. In einem aktuellen Brief aus Lettland an die Ev. Partnerhilfe heißt es z. B.: „Wir sind sehr dankbar für die vielen Jahre der finanziellen Unterstützung unserer Pastoren, Kirchlichen- und Diakoniemitarbeiter. Das ermöglichte einen erfolgreichen Dienst der Kirche Jesu Christi in unserer Gesellschaft und rettete viele Pastorenfamilien vor Armut.“

Das ist die gute Nachricht; die schlechte Nachricht ist, dass sich die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in einer Reihe von Ländern in Mittel- und Osteuropa viel ungehemmter als bisher in Deutschland auf die Lebensverhältnisse der Menschen ausgewirkt hat. So sollen z.B. in Rumänien zum 1. Juni diesen Jahres im Zuge extremer Sparmaßnahmen alle Renten um 15 Prozent gekürzt werden, meldet „Welt-online“ vom 9.6.2010. Derzeit liegt die durchschnittliche Rente nach Angaben des Statistikamtes bei 734 Lei (etwa 175 Euro), die Mindestrente bei 350 Lei (85 Euro). Die Auswirkungen der durch die Übernahme eines 20 Milliarden-Kredits seitens des IWF und der EU auf die Kirchen und ihre Mitarbeiter sind noch gar nicht absehbar.

Aus einer Partnerkirche in der Slowakei liegen uns aktuelle Zahlen vor. Nach einem beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung – mit Einführung der Euro-Währung – ist die Zahl der Arbeitslosen auf über 12 Prozent gewachsen, die Miete für eine 2-Zimmer-Wohnung liegt bei 200 Euro, die Durchschnittsrente bei 350 Euro, das vom Staat gezahlte Gehalt eines Pfarrers (nach 10 Jahren Dienst) beträgt 383 Euro, der Preis für 1 L Benzin 1,26 Euro.

Evangelische Partnerhilfe – persönliche Hilfe, die weiterhin nötig ist!

Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung in Mittel-Osteuropa und deren Folgen für die Mitarbeitenden unserer Partnerkirchen erfordern von uns verstärkte Anstrengungen. Trotz leicht zurückgehender Spenden konnten wir im Jahr 2009 nochmals 2 Millionen Euro an die Empfänger in den Partnerkirchen weitergeben, aber sie benötigen eigentlich nicht weniger, sondern mehr Unterstützung seitens der Ev. Partnerhilfe!

Darum bitten wir unsere treuen Spender, nicht nachzulassen in ihrem Engagement und diejenigen, die sich bislang noch nicht zu einer Spende durchringen konnten, bei der Aktion Ev. Partnerhilfe einzusteigen!

Dr. Hermann Schaefer, Vorsitzender

Bitte rufen Sie uns an,
wir geben gern weitere Auskünfte!

Evangelische Partnerhilfe e.V.
Geschäftsführerin
Frau Dagmar Christmann
Archivstr. 3
30169 Hannover

Tel. 0511 1241-478

Fax 0511 1241-378

E-Mail: ev-partnerhilfe@ekd.de

Spendenkonto

– auch für einmalige Spenden –

Ev. Partnerhilfe
Konto-Nr.: 61 98 50
BLZ: 520 604 10
Ev. Kreditgenossenschaft Hannover

Für Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN DE80 5206 0410 0000 6198 50
BIC: GENODEF1EK1

FÜR SIE GELESEN

Lucy D'Souza-Krone: *Unterwegs mit Gottvertrauen. Mein Leben. Meine Bilder. Die indische Malerin erzählt.*

Übersetzt und bearbeitet von Andreas Krone, Verlag Books on Demand GmbH, Norderstedt 2009, 164 S., 16 Farbbilder, 12 s/w Bilder, ISBN 978-3-8370-5255-8, 16 Euro.

„Im Vertrauen auf Gott hat sich viel mehr entwickelt, als ich mir in meinen kühnsten Träumen hätte ausmalen können.“ Dieser Satz am Anfang weckt Neugier. Was für ein erstaunliches Buch, das mit so einem Hoffnungssatz anfängt! Ein fremder Blick und ein ungewohnter Zugang zur Welt, zu sich selbst und zu Gott lehrt uns hier ohne belehrenden Zeigefinger Bescheidenheit, ja – das Wort ist mit Bedacht gewählt – Demut. Wer wie ich dieses Buch in Deutschland liest, einem Land in Westeuropa, wo die Mehrzahl der Menschen satt, in mancher Hinsicht sogar übersättigt ist, der gerät ins Staunen, wenn er der indischen katholischen Christin und Malerin Lucy D'Souza-Krone begegnet und ihre Geschichte erfährt. Es ist die Geschichte einer Frau, die ihren Weg bewusst mit Gott geht.

Mit großer Schlichtheit erzählt sie von ihrem Leben, durchdrungen von dem Vertrauen, dass Gott sie durch alle Schwierigkeiten (und davon gab es nicht wenig) hindurchgetragen habe. Geboren in einem kleinen Dorf in Goa an der Westküste Indiens, aufgewachsen am Fuß der schneebedeckten Berge des Himalaja, erhielt sie 1989 den Auftrag, für Misereor in Deutschland ein Hungertuch zu malen. Durch das Hungertuch „Biblische Frauengestalten – Wegweiser zum Reich Gottes“ und weitere Gemälde wie „Das weibliche Antlitz Gottes“ wurde sie als Malerin Millionen von Menschen bekannt. Zwei Jahre später lernte sie in einem christlichen Ashram in Indien den deutschen evangelischen Pfarrer Andreas Krone kennen, ihren späteren Ehemann, mit dem sie heute in Waldems-Esch lebt. Zusammen mit ihrem Mann unternahm sie zahlreiche Reisen in andere Länder und Kontinente, die sie zur Arbeit an Bildern zu verschiedenen biblischen Themen inspirierten.

Erst als junge Frau entdeckte die ausgebildete Lehrerin ihre Berufung zum Malen. Sie, der man abspürt, dass sie ihre Kraft aus Meditation und Gebet schöpft, fragte immer wieder danach, was Gott mit ihr vorhabe. Sie kam

zu dem Schluss: Gott ruft mich zu einer Aufgabe als christliche Künstlerin. Daraufhin ging sie nach Bangalore, um in dem Ashram für Kunst von Jyoti Sahi zu wohnen und von ihm malen zu lernen.

Hunger nach Brot, Sehnsucht nach Gott: beides gehört im Leben von Lucy D'Souza-Krone zusammen. Malen ist für sie Berufung, ihr geistlicher Weg. In vielen Ländern hat sie inzwischen bei Ausstellungen und Workshops ihre Bilder erläutert, um in Menschen die Sehnsucht nach Gott zu wecken. Davon erzählt ihr Buch. Es ist im Buchhandel oder bei der Autorin selbst erhältlich: Lucy D'Souza-Krone, Kirchgasse 5, 65529 Waldems-Esch, E-Mail: Andreas.Lucy@t-online.de

Michael Heymel



Hans-Helmut Hoos, Kehillah Kedoschah – Spurensuche. Geschichte der jüdischen Gemeinde in Friedberg. Auf den Spuren der Friedberger Juden von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2., ergänzte und überarbeitete Auflage, Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. u.a. 2009, 405 S., ISBN 978-3-631-58040-0.

Die einen Mittelweg zwischen Aufsatzsammlung und Monographie beschreitende, eine eher lockere Aneinanderreihung der einzelnen historischen Schwerpunkte betreibende, eine gewaltige Materialfülle aufweisende, rechtliche, politische, ökonomische, kulturelle, kunstgeschichtliche und (eher biographisch vermittelte) religionskulturelle Aspekte berücksichtigende Untersuchung des früheren Weilburger Gymnasialdirektors umfasst die z.B. durch eine auch steuerrechtlich relevante, politische und ökonomische Spielräume eröffnende Sonderstellung zwischen (kaiserlicher) Burg und Reichsstadt Friedberg/Hessen geprägte, durch eine auf der Gelehrsamkeit ihrer Rabbiner und deren überregionalen Kontakten sowie durch ihre Kontinuität zwischen ca. 1241 und 1942 (Ausnahme: Pogrom um 1349) beruhende Hochachtung im aschkenasischen Judentum ausgezeichnete reiche Geschichte der Friedberger jüdischen Gemeinde mit Schwerpunkt ab dem 19. Jahrhundert. Im Unterschied zu dem heute hier oft anzutreffenden Genus „Schuldgeschichten“ bemüht sich Hoos darum, auch das Thema Christen – Juden nicht lediglich auf Pogrome und Verfol-

gungen zu fokussieren oder gar zu reduzieren (vgl. 23), wenngleich diese Aspekte vor allem durch das neu hinzugefügte 8. Kapitel „Erinnerungskultur“ (357ff.) zunehmend an Bedeutung gewinnen: „Ein besonderes Anliegen dieser Neuauflage ist es, die ‚Geschichten hinter der Geschichte‘, also konkrete Personen und ihre Schicksale im Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre Existenz fristeten, nachzuzeichnen“ (395). Damit gewinnen zunehmend auch die (zuweilen nicht unproblematischen) Erlebnis- und auch Kampfbilder eine Rolle, auf die sich auch Zeitzeugen beziehen.

Das Buch geht schwerpunktmäßig von der Politik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte aus; über biographische und mentalitätsgeschichtliche Hinweise versucht es, auch religionskulturelle Aspekte in den Blick zu nehmen (vgl. 107, 110f., 166ff., 175ff., 225). Was Liturgie und Ritus angeht, so zählte die jüdische Gemeinde eher zu den orthodox orientierten (92). Dass es zu Beginn des 20. Jahrhunderts hier auch „Dreitagejuden“ (225) gab – ich erinnere an das Schlagwort von den „Karfreitagschristen“! – ist ebenso interessant wie das Faktum, „dass die Mehrzahl der jüdischen Gemeinde ihr Judentum eher mit einer privaten Glaubensangelegenheit verband“ (227). Allerdings spielten auch in Friedberg (wie z.B. auch in Egelsbach und Frankfurt/M.) Begegnungen jüdischer Kriegsteilnehmer mit dem Ostjudentum eine Rolle. Hingewiesen sei besonders auf den jüdischen Lehrer und Historiker Heinrich Ehrmann (1856-1931), dessen Bemühungen um die Reorganisation des jüdischen Gemeindelebens Hoos anhand von dessen Notizbüchern nachgeht (171ff.). Schade, dass Ehrmanns Vortrag über „Jüdische Lehn- und Fremdwörter im Deutschen“ (181, 184) nicht ausführlicher dargestellt wird. In meiner Heimat am Rhein wurde nicht nur beim Viehhandel auch im Dritten Reich vielfach noch jüdisch gezählt.

Kurz: Eine anspruchsvolle subtile Untersuchung, die nicht nur im Blick auf Vergangenes, sondern auch auf zukünftiges Verstehen und Miteinander Aufmerksamkeit auch über Friedberg hinaus beanspruchen darf. Hoos zitiert Franz-Josef Ziwes (23): „Es wäre .. eine fatale Kolportage des heute immer noch anzutreffenden Stereotyps der Unvereinbarkeit christlicher und jüdischer Lebensinteressen, wollte man die Geschichte der Juden im mittelalter-

lichen Europa nur aus dem Blickwinkel der Pogrome betrachten“. Gilt das nur für diesen Zeitraum?

Karl Dienst



Michael Heymel, Christian Möller, „Sternstunden der Predigt“ (Von Johannes Chrysostomus bis Dorothee Sölle) Calver Verlag/Stuttgart. 311 Seiten. 19,95 Euro

Sechzehn besondere Predigten aus sechzehnhundert Jahren der Kirchengeschichte kommen in dem neuen Buch zu Wort, das von den beiden bekannten Heidelberger Theologen für Praktische Theologie herausgegeben wurde.

Die Predigten stammen von Johannes Chrysostomus, Augustinus, Meister Eckhart, Martin Luther, Teresa von Avila, Johann Mattäus Meyfart, Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf, Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher, Sören Kierkegaard, Joseph Wittig, Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller, Rudolf Bohren, Karl Barth, Martin Luther King und Dorothee Sölle.

Es handelt sich in dem Buch nicht um eine bloße Predigtsammlung: Jede Predigt ist in einen immer gleichbleibenden Zusammenhang gestellt: Nach einem Bild der Predigerin oder des Predigers folgt zunächst eine Darstellung der Situation, die Anlass für die Predigt war. Erst dann kommt die Predigt selbst. Es würde den Rahmen der Buchbesprechung sprengen, die Predigten nun einzeln ausführlich darzustellen. Dem Leser aber sei versprochen, dass er in jedem Fall eine originelle und tiefgründige Ansprache vorfinden wird. Im Anschluss daran folgt eine Nachzeichnung der Predigt. Sodann folgen wichtige Ausschnitte aus der Biografie der Predigenden und schließlich ein ausführliches Schlusswort, das die Verfasser jeweils unter die Überschrift stellen: Eine Sternstunde.

In der Schilderung der Situation, die zur Predigt geführt hat, wird der Leser oft mit recht erstaunlichen Begebenheiten bekannt gemacht: Chrysostomus z. B. predigt bei einem Volksaufstand in Antiochia, der wegen drastischer Steuererhöhungen des Kaisers entstanden war. Kierkegaard hält eine von ihm verfasste Rede vor einem einzigen Hörer: dem dänischen König. Schleiermacher muss eine Beerdingungspredigt halten für Nathanael, seinem einzigen Sohn. Niemöller predigt Weihnach-

ten für Mitgefangene im KZ Dachau, Karl Barth wendet sich an die Strafgefangenen in der Basler Strafanstalt. Dorothee Sölle spricht im Universitätsgottesdienst in St. Katharinen in Hamburg u.a.m.

In der Nachzeichnung der Predigt werden einige Gedankengänge noch einmal besonders hervorgehoben, gewissermaßen rot unterstrichen. Auch werden Erklärungen gegeben bei manchmal schwierigeren Sätzen; etwa bei der Mystikerin Teresa von Avila. Schließlich merkt man den beiden Verfassern Michael Heymel und Christian Möller ihren Beruf als Praktische Theologen an. Es geht bei der Nachzeichnung auch um Predigtlehre: eine Einführung in die „schwierigste aller Künste“. Es geht um grundsätzliche Überlegungen zur Predigtsprache: Was muss der Predigende bei der Vorbereitung bedenken, damit die zugesagten Worte auch ankommen? Es wird aufmerksam gemacht auf Wiederholungen in den vorliegenden Predigten als wichtiges Element der Rethorik, es geht auch um den Zusammenhang von Predigt und Musik und schließlich um Warnung vor vorschnellen Konkretisierungen u.a.m.

Im Anschluss an solche Nachzeichnung folgt ein neuer Absatz: Der Prediger bzw. Die Predigerin. Hier erfährt der Leser viele wichtige – manchmal sehr bewegende – Einzelheiten aus dem Leben der Predigenden: Wie etwa erging es dem Katholiken Joseph Wittig, der von seiner Kirche vom Predigtamt ausgeschlossen und erst lange Zeit danach am Ende des 2. Weltkrieges wieder aufgenommen wurde?

Was geht in Dietrich Bonhoeffer vor, der schon 1934 in London ahnt, dass er bald nach Deutschland zurückkehren muss, um sich gegen die drohende Gewaltherrschaft dort zu stellen? Interessant und erheiternd ist es zu erfahren, wie eine Posse des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. beinahe ein Zusammenreffen mit Zinzendorf verhindert hätte, aber es doch schließlich zu einem dreitägigen Disput der beiden kam u.a.m.

Die etwa zwanzig Seiten, die einer Predigt gewidmet sind und für die jeweils einer der beiden Autoren verantwortlich zeichnet, werden immer abgeschlossen mit einer persönlichen Betrachtung. Dabei greifen sie auf den Titel des bekannten Buches von Stefan Zweig „Sternstunden der Menschheit“ zurück. Die Betrachtung wird unter die Überschrift Sternstunde gestellt. Dabei sind sich Heymel und

Möller bewusst, dass ihre Predigtauswahl in „keiner Weise auf Vollständigkeit bedacht“ und dass auch bis heute „eine Predigt...“, die vielen Hörern als langweilig erscheint, einem einzigen Hörer ‚zur Sternstunde seines Lebens‘ werden kann“. Statt des Ausdrucks ‚Sternstunde‘ lassen sich m. E. auch mehrere der treffenden Überschriften gebrauchen, die von den Autoren zu den einzelnen Artikeln des Buches gefunden wurden: So z. B. „Von der Geburt Gottes in der Seele“ (Meister Eckhart), „An der Grenze des Unsagbaren“ (Meyfart), „Der Siegeston des Evangeliums“ (Zinzendorf), „Die Menschen von Angst erlösen“ (Wittig), „Eine Bußpredigt, die ins Licht der Wahrheit führt“ (Bohren), „Die verändernde Kraft des Wortes“ (Martin Luther King). In Anlehnung an eine Chrysostomuspredigt möchte ich ‚Sternstunde‘ auch übersetzen: „Sich aus den Schätzen der Heiligen Schrift ernähren“.

Bei allen der genannten sechzehn Artikeln stehen im Anschluss weiterführende Literaturangaben und erklärende Anmerkungen, auf die im Text hingewiesen wurde.

Ich glaube, dass das schöne, farbige und weitgespannte Buch von Heymel und Möller für viele Leser hilfreich ist: Es gibt Predigende, die daraus zitieren oder gar auch einmal eine ganze Predigt im Gottesdienst vorlesen können. Es gibt manche, die aus der Fülle der sprachlichen Überlegungen und der kirchengeschichtlichen Beispiele Neues lernen und natürlich auch solche, denen der Gang in den Gottesdienst nicht mehr möglich ist und die darauf angewiesen sind, gute Worte zu lesen oder sie vorgelesen zu bekommen.

Pfarrer i. R. Harald Goeze
(früher Elisabethkirche/Marburg)

WIR GRATULIEREN

Im Fachbereich Evangelische Theologie der Philipps-Universität Marburg hat Herr Pfarrer Rüdiger H. Chr. Jungbluth, Fritzlär, seine Promotion abgeschlossen. Das Thema seiner Arbeit lautet:

„Im Himmel und auf Erden: Dimensionen von Königsherrschaft im alten Testament. Eine vergleichende Darstellung“

Eure Rede aber sei ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist von Übel (Matthäus 5,37) – Einladung zu einem Pastoralkolleg

Beschreibung: Pfarrerinnen und Pfarrer sollen authentisch und eindeutig kommunizieren und Leitungsverantwortung wahrnehmen. Eindeutigkeit und Klarheit schaffen dabei eine Atmosphäre des Vertrauens und der Achtsamkeit. Ziele dieses Kollegs sind: die eigene Kommunikationsfähigkeit wahrzunehmen, das eigene Rollenverständnis zu reflektieren, Stärken und Schwächen zu entdecken und Möglichkeiten klarer Kommunikation einzuüben. Pferde sind ein Spiegel für unsere eigene vielschichtige Kommunikation. Sie helfen bei der Selbstwahrnehmung. Deshalb findet dieses Kolleg gemeinsam mit dem „Zentrum für Erwachsenenbildung mit Pferden“ statt. Die Arbeit mit den Pferden findet nur am Boden statt. Es bedarf keiner reiterlichen Vorkenntnisse. Gespräche und Theorieeinheiten ermöglichen eine Übertragung der Übungen mit den Pferden in die Gemeindepraxis. Die Gebetszeiten sind in der mittelalterlichen Dorfkirche, die eine Station auf dem neu entdeckten Jakobsweg ist.

ReferentInnen: N.N. (PfarrerIn und Trainerin für pferdegestützte Kommunikation), N.N. (Kommunikationswissenschaftler und Pferdetrainer nach „Doma India“)

(gefunden im Internet von Michael Benoit, Pfarrer in Laubach-Wetterfeld und Laubach-Röthges)

Herausgeber und Verleger: Ev. Pfarrerinnen- und Pfarrerverein in Hessen und Nassau e.V., Geschäftsstelle: Melsunger Straße 8A, 60389 Frankfurt, Tel. (0 69) 47 18 20 / Fax (0 69) 47 94 87 sowie der Pfarrverein Kurhessen-Waldeck e.V., Geschäftsstelle Ev. Gemeindeamt, Barfüßertor 34, 35037 Marburg, www.ekkw.de/pfarrerverein.

Redakteure: Pfr. Maik Dietrich-Gibhardt, Rosenstr. 9, 35096 Weimar, Tel. (0 64 21) 97 15 86; Pfrin. Susanna Petig, Karthäuser Str. 13, 34587 Felsberg-Gensungen, Tel. (0 56 62) 44 94 / Fax (0 56 62) 67 45.

Redaktionsanschrift: Pfr. M. Dietrich-Gibhardt, Haspelstr. 5, 35037 Marburg, Tel. (0 64 21) 91 26 13 / Fax (0 64 21) 91 26 33, E-Mail: m.dietrich-gibhardt@dwo-online.de.

Redaktionskommission: Dekan i.R. Lothar Grigat, Kasselweg 20, 34225 Baunatal-Großenritte, Tel. (0 56 01) 89 57 76; Pfr. Kurt Rainer Klein, Pfaffenwaldstr. 21, 55288 Schornsheim, Tel. (0 67 32) 33 67; Pfr. Dr. Martin Zentgraf, Hess. Diakonieverein,

Freiligrathstraße 8, 64285 Darmstadt, Tel. (0 61 51) 602-0, Fax (0 61 51) 60 28 98; Pfr. Wilfried Stötzner, Kirchstraße 11, 07924 Ziegenrück, Tel. (03 64 83) 2 22 58, Fax (03 64 83) 2 25 93; Pfr. Dierk Glitzenhain, Korbacher Str. 215, 34132 Kassel, Tel. (05 61) 40 13 77, Fax (05 61) 4 00 90 09; Pfr. Werner Böck, Hochstädter Straße 40a, 60389 Frankfurt, Tel. (0 69) 47 88 45 28.

Druck: Plag, gemeinnützige Gesellschaft zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze mbH, 34613 Schwalmstadt.

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten.

ISSN – 0941 – 5475

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 2. 9. 2010

Inhalt:

Editorial 86

Einladung zum 9. Emeritenkolleg
in Arnoldshain 86

Der Konflikt um das „Heilige Land“
Grenzenlose Solidarität mit Israel?
Hansjürgen Günther, Lobbach 87

Land – Volk – Staat
Israel und die Völker
Martin Stöhr 93

Das war's –
Die Themen der 10. Kirchensynode der EKHN
Lothar Triebel 96

Thüringer Pfarrverein e.V.
Einladung zur Mitgliederversammlung
in Neudietendorf 99

Evangelische Partnerhilfe 101

Für Sie gelesen 102

Wir gratulieren 104

Persönliche Nachrichten aus den drei
Pfarrerinnen- und Pfarrervereinen 105

Auch das noch 107

Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen unter ausschließlicher Verantwortung der Verfasser.

Die persönlichen Nachrichten werden ohne Gewähr mitgeteilt.

Postvertriebsstück D 1268 F

Gebühr bezahlt beim Postamt Frankfurt 1

Abs.: Pfarrerverein, Melsunger Straße 8 A

60389 Frankfurt